

ÜBERLEBENSWICHTIGE INITIATIVE ZUR EINIGUNG DER ANTI-KRIEGS-BEWEGUNG | VON RAINER RUPP

Posted on 10. März 2023

Ein Kommentar von **Rainer Rupp**.

Aktuelle Lage

Die Ukraine ist ein demokratisches Land, sie strebt in Richtung Westen und sie wurde für ihre Sehnsucht nach Freiheit von seinem autoritären Nachbarn, dem bösen Zar Putin, Der Schreckliche, grundlos und ohne Vorwarnung brutal überfallen. Deshalb muss jeder Deutsche, der die Freiheit liebt, den US-Amerikanern und ihren Vasallen in Berlin Folge leisten und die Ukraine unbegrenzt mit Waffen und Geld versorgen. Denn dort auf dem Schlachtfeld wird in opferreichen Kämpfen auch unsere europäische Freiheit durch die tapferen ukrainischen Helden verteidigt.

Das ist das offizielle und einzige Narrativ, das den Menschen in allen NATO-Ländern seit einem Jahr, 7 Tage die Woche, 24 Stunden am Tag von Politikern und Medien eingetrichtert wird.

Deutschlands De-Industrialisierung

Und um die Russen zu bestrafen, müssen wir auch auf russische Energie- und andere Rohstofflieferungen verzichten, auch wenn dadurch nicht etwa Russland, sondern der Wirtschaftsstandort Deutschland ruiniert und unsere Arbeitsplätze ebenso wie die Zukunft unserer Kinder und Enkel verspielt werden. Das sind jedoch die Opfer, die der senile Führer der Freien Welt und seine ihn umgebenden Kriegstreiber in Washington von uns allen verlangen.

Zugleich gelingt es jedoch denselben Leuten in Washington energieintensive Unternehmen in Europa und vor allem in Deutschland zur Auswanderung in die USA zu bewegen. Die überzeugenden Argumente sind verlockend niedrige Energiepreisen in den USA und Washingtons gigantisches Subventionsprogramm für Industrieinvestitionen im Land. Der Erfolg ist überwältigend. Ganz aktuell wird in den Medien berichtet, dass sich der Schaeffler Konzern, der ein Kernunternehmen der deutschen Industrie darstellt, sich den USA und China zuwendet“, denn die Geschäftsführung sieht in Europa wenig Investitionschancen.

[Laut DWN \(1\)](#) will der Schaeffler-Konzern ... *"die Chancen, die man in Amerika hat, ganz bewusst"* nutzen, sagte Klaus Rosenfeld, der Chef des Unternehmens. Schaeffler, das vor allem als Zulieferer für die

Automobil- und andere Industriezweige bekannt, will laut Rosenfeld von den großzügigen Subventionen des Inflation Reduction Gesetzes in den USA profitieren.

Vor dem Hintergrund, dass die deutsche Wirtschaft immer tiefer in die Krise rutscht und unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen allein seit dem Jahr 2022, tausende Unternehmen insolvent gegangen sind, hat jetzt auch der Chef von Ifo, das berühmteste deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut, Prof. Clemens Fuest vor der De-Industrialisierung Deutschlands gewarnt (2). Die De-Industrialisierung Deutschlands sei keine leere Worthölse, sondern eine reale Gefahr.

„Es ist nun wie eine Lawine: BASF, Bayer, BMW, VW, Mercedes: Die Herzstücke der ehemaligen Deutschland AG wandern in die USA oder nach China ab“, heißt es aktuell in einer Twitternachricht auf [msn.com/de-de/finanzen\(3\)](https://www.msn.com/de-de/finanzen(3)).

Bidens Re-Industrialisierung Amerikas

Das ist es also, was hinter Präsident Bidens laut verkündetem Plan zur Re-Industrialisierung Amerikas steckt. Es geht nicht darum, aus eigener Kraft in den USA neue Industrien aufzubauen, sondern sie vornehmlich aus Europa abzuwerben, bzw. zu stehlen. Mit anderen Worten, die Re-Industrialisierung der USA wird durch die De-Industrialisierung Europas und vor allem Deutschlands erreicht, indem die USA mit Hilfe der negativen Folgen des US/NATO-Ukrainekriegs und der Sanktionen die Bedingungen zur Abwanderung der deutschen Industrie erst geschaffen hatte.

Ukraine und Deutschland werden für US geopolitischen Interessen verheizt

Dass die Ukraine für die geopolitischen Interessen der USA verheizt wird, daran gibt es keine Zweifel mehr. Das geht aus einer ganzen Reihe von offiziellen Erklärungen führender US-amerikanischer Regierungspolitiker hervor, u.a. von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin bei seinem Besuch in Warschau, im April letzten Jahres. Damals hatte er erklärt, dass das Ziel des Krieges in der Ukraine die Schwächung Russlands ist.⁽⁴⁾ Diesem Ziel hat sich der komplette kollektive Westen angeschlossen.

Dennoch kann unseren Politikern und Medien nicht verborgen geblieben sein, dass auch Deutschland durch seine Beteiligung am US-Krieg gegen Russland für amerikanische Interessen verheizt wird.

Die Waffenlieferungen in die Ukraine, auch die aus Deutschland, verlängern den Krieg und bedienen das US-Kriegsziel, Russland möglichst lange und nachhaltig zu schwächen. Dass dabei die Opferzahlen weiter erhöht werden, scheint weder in Washington noch in der Ampel-Koalition in Berlin eine Rolle zu spielen.

Einer der berühmtesten Falken im US-Senat hat seine ungeheuerliche Menschenverachtung in [diesem Video \(5\)](#) auf die Spitze getrieben. Nach seiner Einschätzung über den weiteren Verlauf des Krieges in der Ukraine befragt sagte er:

„Ich liebe die Struktur des Weges, auf dem wir uns befinden. So lange wir die Ukrainer mit den Waffen versorgen, die sie brauchen, und ihnen wirtschaftlich helfen, werden sie bis zum letzten Mann kämpfen“.

Die Politik des Westens gegenüber der Ukraine ist zutiefst zynisch, denn die Ukraine bezahlt den Kampf des kollektiven Westens um Einflussphären mit dem Blut ihrer Menschen und Soldaten und der Zerstörung ihres Landes.

Es geht weder um Demokratie noch um Freiheit in der Ukraine, sondern um geopolitische Interessen der USA, die ihre Vorherrschaft gegenüber Russland und China behaupten und notfalls mit Krieg durchsetzen wollen. Dafür sind sie bereit, nicht nur die Ukraine, sondern auch Deutschland und den Rest Europas zu verheizen. Und sie sind dabei, doppelt zu gewinnen, nämlich einerseits mit der erhofften Schwächung Russlands und andererseits mit der De-Industrialisierung Europas zu Gunsten der USA. Und was machen die europäischen Volksvertreter und Regierungen in dieser Situation?

Die Rolle der transatlantischen Vasallen

Heute geht es in Europa wieder zu wie in Zeiten des römischen Imperiums. In den eroberten Gebieten setzten die Römer in der Regel lokale Adelige als Vasallen auf den Thron, die unter dem wachsamen Auge

der vor Ort stationierten Legionen die wirtschaftlichen und politischen Geschäfte im Sinne Roms bedienten. In Nebensächlichkeiten wie Religion oder Anhäufung persönlichen Reichtums hatten die Vasallen freie Hand, solange sie den Tribut an Rom entrichteten. Zugleich schützten die römischen Legionen die Vasallen gegen das eigene Volk.

So stellten die gekauften und bezahlten oder erpressten Vasallen die Interessen des Roms stets über das Wohl ihrer eigenen Völker. Heute sind es die transatlantischen Eliten in den Regierungen der Länder NATO-Europas, die das Wohl ihrer Völker für das Imperium in Washington opfern. Denn vom Wohllollen Washingtons hängt ihre weitere Karriere, ihr eigener Wohlstand und – für den Ernstfall - ihr sicherer Zufluchtsort mit Villa in Miami ab.

Wer das offizielle US/NATO-Narrativ hinterfragt, oder gar in der Öffentlichkeit in Frage stellt, der wird sofort zur Zielscheibe einer gnadenlosen Welle aus Beschimpfungen, Diffamation und Denunziation, die wie ein Tsunami über der betroffenen Person hereinbricht. Sogar das persönliche und berufliche Umfeld wird oft mit einbezogen, nicht selten verbunden mit Jobverlust oder des Wegbleibens von Aufträgen bei Freiberuflern oder von Engagements bei Künstlern.

Die Regierungen haben ihre während Corona erprobten autoritären Maßnahmen inzwischen weiter ausgeweitet. Die deutsche Justiz stellt jetzt bereits unangenehme politische Meinungsäußerungen zum US/NATO-Krieg in der Ukraine unter Strafe, wie der Fall von Heinrich Bücker, des Betreiber des Berliner Friedenscafés zeigt, dem jetzt sogar Gefängnis droht. Der Fall Bücker wurde bei einer jüngsten Sitzung des UN-Sicherheitsrats von einem geladenen Zeugen aus den USA scharf verurteilt. Und das chinesische Staatsfernsehen hat kürzlich in einer Sendung am Fall Bücker beispielhaft den doppelbödigen Umgang Deutschlands mit der Meinungsfreiheit dargestellt: nämlich anderen Ländern Presse- und Meinungsfreiheit predigen und zu Hause Menschen, die davon Gebrauch machen, bestrafen. Es ist dunkel geworden in unserem Land.

Um wieder Licht zu machen und den Blick freizugeben hinter die Kulisse der Meinungsdictatur der transatlantischen Eliten und ihren Medien trifft sich Ende März in Berlin eine Gruppe hochrangiger

Persönlichkeiten aus Ost und West aus Militär, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft.

Unter Zurückstellung parteipolitischer und weltanschaulicher Differenzen sind sich alle Beteiligten, Professoren, Generale, Soldaten, Kulturschaffende, Friedensaktivisten einig, über alle Parteigrenzen hinweg der gemeinsamen Forderung nach Frieden mit Russland höchste Priorität zu geben, vor allen anderen Problemen. Denn Frieden mit Russland bedeutet nicht nur das Ende der US/NATO Kriegs in der Ukraine und dessen potentielle Ausweitung auf den Rest Europas, sondern auch das Ende der De-Industrialisierung Deutschlands durch die USA.

Lasst uns retten, was noch zu retten ist.

Einer der Organisatoren dieses Treffens, der nur mit seinen Initialen RW genannt werden wollte, sagte gegenüber dem Autor dieser Zeilen:

„Man muss weder Pazifist noch Freund der Russen sein, um Frieden mit Russland zu fordern. Denn das ist das Gebot der Vernunft und die Voraussetzung dafür, dass unsere Wirtschaft und die Zukunft unserer Kinder und Enkel nicht den Interessen einer kleinen Clique von US-Vasallen im Dienste Washingtons zum Opfer fallen. Deshalb ist es geboten, dass wir über alle parteipolitischen und gesellschaftspolitischen Differenzen hinweg eine Brücke schlagen und gemeinsam aufstehen, gemeinsam auf die Straßen gehen, um den Kriegstreibern in die Arme zu fallen und gemeinsam Frieden mit Russland zu fordern.“

Weiter hob RW hervor, dass dieses Treffen in Berlin für Deutschland ein absolutes Novum sein wird, denn hier werden nicht nur hohe Offiziere der NVA der DDR mit hohen Offizieren a.D. der Bundeswehr zusammensitzen, sondern auch bekannte Persönlichkeiten aus dem gesamten politischen Spektrum, von der Linken bis zu AfD, gemeinsam Frieden mit Russland fordern.

Mit dem Treffen Ende März verbinden die Organisatoren laut RW die berechtigte Hoffnung, dass dadurch

- a) die künstlichen Barrieren aus dem Weg geräumt werden, die von den transatlantischen

Meinungsdiktatoren zur Spaltung der Opposition errichtet wurden, und niemand mehr Angst davor hat, als Rechter oder als Nazi denunziert zu werden, wenn er mit anderen für Frieden mit Russland demonstriert. Wichtig ist, die Reihen der Opposition zu schließen und gemeinsam gegen den US/NATO Krieg auf den Straßen und Plätzen unseres Landes zu demonstrieren.

- b) das Berliner Treffen der Startschuss für viele weitere Treffen auf regionaler und lokaler Ebene sein kann, bei denen Vertreter aus dem gesamten parteipolitischen und weltanschaulichen Spektrum ihre Differenzen temporär hintenanstellen und gemeinsam "Frieden mit Russland" höchste Priorität beimessen. Die Initiative hat das Potential zum Kern einer großen anti-Kriegsbewegung zu werden.

Dafür aber müsste jedoch erst ein wichtiges Problem gelöst werden, nämlich die Finanzierung des Projektes.

„Die Initiative zu unserem Treffen geht weder von einer politischen Partei aus noch wird sie von einer Partei finanziell unterstützt“, erklärte RW. Daran soll sich auch nichts ändern, denn die Initiative „soll überparteilich bleiben“. Die Idee dazu entstammt einer Zusammenkunft von Kriegsgegnern aus Ost und West mit dem starken Bedürfnis, die von den transatlantischen Eliten herbeigeführte Spaltung der Anti-Kriegs-Opposition zu überwinden.

„Ein Teil der Kosten für die Vorbereitung des Treffens Ende März wurde bereits mit Spenden aus dem Umfeld der Organisatoren gedeckt“, so RW, der sich dann direkt an die apolut Abonnenten wendet:

„Wenn Sie, liebe apolut Leser und Hörer der Meinung sind, dass diese Anti-Kriegs-Initiative auch auf regionale und lokale Ebene übertragen werden soll, dann kostet das zumindest in der Startphase mehr Geld als wir haben, z.B. für Plakate, Info-Blätter, Saalmieten und Technik und vieles mehr. Allein können wir das nicht stemmen und Sie müssten uns helfen. Dabei könnten wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen:

Erstens wäre es für uns wichtig zu wissen, wie stark tatsächlich das Interesse an einer Übertragung unserer Initiative auf regionaler und lokaler Ebene ist. Ein Indikator dafür wären möglichst viele kleine Überweisungen von 1-5 Euro auf das unten angegebene Konto.

Zweitens ließe sich an der Anzahl der Überweisungen, die 5 Euro übersteigen, in etwa ermessen, wie wichtig den apolut-Abonnenten und ihren Freunden und Bekannten eine Ausweitung unserer Initiative auf regionale oder lokale Ebene ist, die ohne Bereitschaft aktiver Mitwirkung vor Ort unmöglich wäre.

Spenden sind zu richten an

Postbank Berlin

Verein Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.

IBAN: DE97 1001 0010 0026 4571 08

Verwendungszweck: Konferenz 2023

Quellen und Anmerkungen

(1)

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/702579/Zulieferer-Schaeffler-sieht-in-Europa-keine-Investitionschancen-mehr>

(2)

<https://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/augsburg-schwaben-ifo-chef-fuest-sieht-eine-deindustrialisierung-in-deutschland-als-gefahr-id65544401.html>

(3) <https://msn.com/de-de/finanzen/top-stories/konzerne-wandern-lieber-nach-china-ab-wir-werden-keine-neuen-elektrofabriken-in-europa-bauen/ar-AA18bj8a?ocid=msedgdhp&pc=ENTPSP&cvid=75eef15a9acc448aabce3d16bdbc5563&ei=78>

(4) <https://www.politico.eu/article/us-ukraine-russia-war-military-help/>

(5) <https://www.youtube.com/watch?v=HkbwZCqn7BY>

+++

Dank an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Bildquelle: [spyarm](#) / shutterstock